



Verantwortung der Unternehmenseigentümer für Managementgehälter stärken

Verantwortung der Unternehmenseigentümer für Managementgehälter stärken
Staat darf in die Entscheidungsfindung nicht eingreifen
Derzeit wird das Schweizer Votum zur Begrenzung der Gehälter von Spitzenmanagern ("Volksinitiative gegen die Abzockerei") diskutiert. Hierzu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs: "Entscheidungen über Gehälter und Boni von Spitzenmanagern müssen - wie jetzt in der Schweiz vorgesehen - auch künftig eine Angelegenheit der Unternehmenseigentümer sein. Aktionäre haben als Eigentümer ihres Unternehmens kein Interesse daran, dem Unternehmen zu schaden. Sie können selbst entscheiden, was sie sich leisten. Der Staat darf in diese Entscheidungsfindung grundsätzlich nicht eingreifen. Es handelt sich um ein marktwirtschaftliches Modell. Das Votum der Schweiz zu Managervergütungen sichert und stärkt die freien Entscheidungsrechte der Eigentümer. Künftig haben demnach die Aktionäre börsennotierter Unternehmen jedes Jahr über Vergütungen von Managern und Aufsichtsräten zu befinden - und nicht die Konzernleitung oder der Aufsichtsrat. Großaktionäre werden verpflichtet, an den Abstimmungen teilzunehmen. In der Europäischen Union wurde vor wenigen Tagen vereinbart, speziell für Finanzinstitute künftig ein Kriterium im Hinblick auf das Verhältnis von Boni und Grundgehältern vorzuschreiben. Die freie Entscheidung der Unternehmenseigentümer über die absolute Höhe von Grundgehältern und Boni bleibt erhalten. In Deutschland kann meines Erachtens geprüft werden, darüber hinaus Regelungen wie jetzt in der Schweiz vorgesehen ggf. auch in das Aktiengesetz zu übernehmen. Aber bereits jetzt gibt es eine wachsende Zahl von Initiativen deutscher Unternehmen, hohe Gehälter und Boni auch freiwillig zu begrenzen. Diese sind als Zeichen einer gelebten Verantwortung zu begrüßen."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
<http://www.cducsu.de>
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=524725 width="1" height="1"

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.